

Fasbender: Erhöhte Kosten benachteiligen deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb

IGBCE, IG Metall, VhU und 12 hessische Industrieverbände fordern hessische Politik auf, geplante Verteuerung der Energie für die Industrie durch Änderungen der Energie- und Stromsteuer zu verhindern

10.08.2010



Frankfurt am Main / Wiesbaden. Das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung sieht einschneidende Veränderungen bei Energie- und Stromsteuer vor, die eine massive weitere Verteuerung der Energie für das Produzierende Gewerbe zur Folge haben.

Aus Sorge um Arbeitsplätze in Hessen # insbesondere in den Branchen Chemie, Metalle, Steine und Erden, Bau, Glas, Papier, Kali- und Salzbergbau, Kautschuk, Ernährung - appellieren die IG Metall und die IG Bergbau, Chemie, Energie in Hessen sowie die [Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände \(VhU\)](#) und 12 hessische Industrieverbände an die Politik, eine weitere Verteuerung der Energie zu verhindern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Energie- und Stromsteuerpläne zu überarbeiten. Und die hessischen Bundestagsabgeordneten werden gebeten, sich entsprechend gegen Zusatzlasten der Industrie einzusetzen.

„Diese Kostensteigerung würde die deutsche Industrie noch weiter gegenüber ihren weltweiten Wettbewerbern benachteiligen“, sagte VhU-Hauptgeschäftsführer Volker **Fasbender**. Schon jetzt gehörten die Energiekosten in Deutschland zu den höchsten in Europa und der Welt. „Eine staatliche Verteuerung von Energie durch Steuern, Erneuerbare-Energien-Umšlage und Emissionshandel gibt es nirgendwo in dem Umfang wie in Deutschland“, sagte IG-Metall-Bezirksleiter Armin **Schild**. Auch IG-BCE-Chef Rainer **Kumlehn** warnte vor Energiešverteuerung:

„Die Verlagerung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in Länder, die von unseren Umweltstandards weit entfernt sind, verhindert eher das Erreichen umweltpolitischer Ziele.“

[„Gemeinsame Erklärung zu der vom Bundesfinanzministerium geplanten Verteuerung der Energie“](#)